

**ANFRAGE**

der Bundesräte Prutsch

und GenossInnen

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie  
betreffend Kfz-Neuzulassung bei Übersiedlung nach Österreich

Anlässlich einer Übersiedlung einer österreichischen Staatsbürgerin von Berlin nach Österreich wurde die EU-Zulassung für ihren Privat-PKW nicht anerkannt.

Eine Neuzulassung wurde eingefordert. Abgesehen von den Kosten stellt sich wohl auch die Frage der Bürokratie. Immerhin wurde die bisherige EU-Zulassung eines Serienkraftfahrzeugs vollkommen ignoriert und zum Beispiel mit einem Maßband neu vermessen – obwohl am gegenständlichen Fahrzeug keinerlei Veränderungen vorgenommen worden waren.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

**Anfrage:**

1. Halten Sie es für sinnvoll, Kraftfahrzeuge mit EU-Zulassung neu zu typisieren?
2. Sind Sie bereit, diese bürokratischen Hemmnisse zu beseitigen bzw. ein Verfahren zu initiieren, das die Anerkennung einer gültigen EU-Zulassung ermöglicht?



DVR 0636746